Satzung
über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss
an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Castrop-Rauxel
(Entwässerungssatzung)
vom 12.12.2014

Der Einfachheit halber, und um den Lesefluss nicht zu behindern, wird im Rahmen der nachfolgenden Satzung auf eine Unterscheidung zwischen männlicher und weiblicher Form verzichtet, so dass mit „Bürgermeister, Bürgern, Vertreter, Beisitzer, Vorsitzender, Eigentümer, Pflichtiger“ selbstverständlich auch immer das weibliche Pendant dazu gemeint ist.

Aufgrund

- der §§ 7 bis 9 und 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.12.2013 (GV NRW S. 878),
- des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585ff.), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154)
- der §§ 51 ff. Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz -LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV NW 1995 S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.03.2013 (GV NRW S. 133)
- der §§ 1 und 9 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz – AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 02.09.2014 (BGBl. I S. 1474)
- der Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen Selbstüberwachungsverordnung Abwasser -SüwVO Abw- vom 17.10.2013 (GV NRW 2013, S. 601 ff.)
- des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786) sowie
- des § 2 Abs. 4 i.V.m. § 5 Abs. 2 Ziffer 1 der Satzung für das Kommunalunternehmen der Stadt Castrop-Rauxel „EUV; Stadtbetrieb Castrop-Rauxel“ –Anstalt öffentlichen Rechts- vom 13.12.2013,

jeweils in den gültigen Fassungen,

hat der Verwaltungsrat des EUV Stadtbetriebes in seiner Sitzung am 10.12.2014 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis:

§ 1	Allgemeines
§ 2	Begriffsbestimmungen
§ 3	Anschluss- und Benutzungsrecht
§ 4	Begrenzung des Anschlussrechtes
§ 5	Begrenzung des Benutzungsrechtes
§ 6	Anschluss- und Benutzungszwang
§ 7	Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser
§ 8	Niederschlagswasserbeseitigung
§ 9	Nutzung des Niederschlagswassers
§ 10	Hausanschlüsse
§ 11	Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen
§ 12	Schutz gegen Rückstau
§ 13	Abscheider und Ölsperren
§ 14	Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze
§ 15	Abwasseruntersuchung und Selbstüberwachung
§ 16	Einleiterkataster, Auskunftspflicht
§ 17	Anzeigepflicht, Betretungsrecht, Überwachung
§ 18	Haftung
§ 19	Berechtigte und Verpflichtete
§ 20	Kanalanschlussbeitrag, Gebühren
§ 21	Ordnungswidrigkeiten
§ 22	Inkrafttreten

§ 1 Allgemeines

- (1) Der EUV Stadtbetrieb Castrop-Rauxel - Anstalt des öffentlichen Rechts - (nachfolgend „EUV“ genannt) betreibt die Abwasserbeseitigung im Gebiet der Stadt Castrop-Rauxel nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung (öffentliche Abwasseranlage). Er kann sich zur Wahrnehmung dieser Aufgaben Dritter bedienen.
- (2) Zur Erfüllung der Abwasserbeseitigung erstellt und betreibt der EUV zentrale und dezentrale Anlagen im Trenn- und Mischsystem, die eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit bilden. Soweit der EUV Abwasseranlagen gemeinsam mit einem Abwasserverband oder anderen Dritten betreibt oder nutzt bzw. deren Abwasseranlagen betreiben oder benutzen darf, gelten hierfür die Vorschriften dieser Satzung entsprechend.
- (3) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie der Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Erneuerung, Änderung, Sanierung oder Beseitigung bestimmt der EUV im Rahmen der ihm obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht.
- (4) Die Pflicht des EUV zur Abwasserbeseitigung und die Bestimmungen dieser Satzung umfassen nicht die Beseitigung von Abfällen, selbst wenn diese flüssig oder wasserhaltig sein sollten. Insbesondere ist die Entsorgung der Inhalte von Leichtflüssigkeits-, Fett- und Ölabscheidern von den Grundstücksnutzungsberechtigten selbst durchzuführen. Nicht umfasst ist auch die Beseitigung von Fremdwässern im Sinne des § 2 Abs. 10.
- (5) Von den Bestimmungen dieser Satzung sind ferner Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben für häusliche Abwässer ausgenommen.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Abwasser im Sinne dieser Satzung umfasst sowohl Schmutzwasser als auch Niederschlagswasser. Kein Abwasser im Sinne dieser Satzung ist das auf den Grundstücken, auf denen es anfällt, vom Grundstückseigentümer selbst zum Zwecke der nachfolgenden Nutzung als Frischwasserersatz zurückgewonnene Regenwasser (so genanntes Brauchwasser), soweit und solange es nicht benutzt worden ist oder der öffentlichen Abwasseranlage zugeführt wird.
- (2) Schmutzwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen und sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.
- (3) Niederschlagswasser ist das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser.
 - a) Als nicht belastet gilt Niederschlagswasser insbesondere von:
 - Fuß-, Rad- und Wohnwegen,
 - Hofflächen (ohne Kfz-Verkehr) in Wohngebieten, wenn Fahrzeugwaschen dort unzulässig ist,
 - Dachflächen in Wohngebieten,
 - Dachflächen in Kerngebieten sowie Dachflächen in Gewerbe- und Industriegebieten, wenn ein Nachweis des Betreibers vorliegt, dass das Grundstück hinsichtlich seiner Verschmutzung einem Wohngebiet vergleichbar ist,
 - Garagenzufahrten bei Einzelhausbebauung.
 - b) Als schwach belastet gilt Niederschlagswasser insbesondere von:
 - befestigten Flächen mit schwachem Kfz-Verkehr (fließend und ruhend), z.B. Wohnstraßen mit Park- und Stellplätzen; Zufahrten zu Sammelgaragen; sonstige Parkplätze, soweit nicht die Voraussetzungen nach Satz 8 (stark belastet) vorliegen,
 - Einkaufsstraßen, Marktplätzen sowie Flächen, auf denen Freiluftveranstaltungen stattfinden,

- zwischengemeindlichen Straßen- und Wegeverbindungen,
 - Hof- und Verkehrsflächen in Kern- und Gewerbegebieten, wenn ein Nachweis des Betreibers vorliegt, dass das Grundstück hinsichtlich der Verschmutzung Wohngebieten vergleichbar ist,
 - landwirtschaftlichen Hofflächen, soweit nicht unter Satz 8 (stark belastet) aufgeführt.
- c) Als stark belastet gilt Niederschlagswasser insbesondere von:
- Flächen, auf denen mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Abs. 1 WHG sowie mit Jauche und Gülle, Staldung oder Silage umgegangen wird, z.B. Lager-, Abfüll- und Umschlagplätze für diese Stoffe,
 - Flächen mit starkem Kfz-Verkehr (fließend und ruhend), z.B. Hauptverkehrsstraßen, Fernstraßen sowie Großparkplätze als Dauerparkplätze mit häufiger Frequentierung,
 - Hof- und Verkehrsflächen in Industriegebieten, soweit nicht unter Satz 7 (schwach belastet) fallend,
 - Flächen mit großen Tieransammlungen, z.B. Viehhaltungsbetriebe, Reiterhöfe, Schlachthöfe, Pelztierfarmen,
 - befestigten Gleisanlagen,
 - Verkehrsflächen von Abwasserbehandlungs- und Abfallentsorgungsanlagen (z.B. Deponiegelände, Umschlaganlagen, Kompostierungsanlagen, Zwischenlager),
 - Flächen zur Lagerung und Zwischenlagerung von industriellen Reststoffen und Nebenprodukten sowie von Recyclingmaterial und Asche.
- (4) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle vom EUV selbst oder in seinem Auftrag betriebenen offenen oder geschlossenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung oder Beseitigung der bei der kommunalen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände dienen. Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören nicht die Hausanschlussleitungen mit Ausnahme der erforderlichen Anschlussstutzen. Abweichend hiervon gehören in Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt, auch die Hausanschlussleitungen einschließlich der Druckstationen mit Ausnahme der Pumpenschächte zur öffentlichen Abwasseranlage. Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung gehören auch Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben, deren Betrieb in der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) in der Stadt Castrop-Rauxel geregelt ist.
- (5) Abwasserbeseitigung im Sinne dieser Satzung umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten des im Gebiet der Stadt Castrop-Rauxel anfallenden Abwassers sowie die Übergabe des Abwassers an den zuständigen Abwasserverband.
- (6) Anschlussberechtigte sind der Grundstückseigentümer oder sonstige juristische oder natürliche Personen, die in rechtlich gesicherter Weise dauerhaft Zugriff auf das Grundstück haben.
- (7) Dränage im Sinne dieser Satzung umfasst die künstliche, unterirdische Entwässerung von Gelände mit hohem Grundwasserstand durch im Boden verlegte, durchlässige Rohrleitungen bzw. entsprechende Systeme.
- (8) Druckentwässerungsnetze sind zusammenhängende Leitungsnetze, in denen der Transport von Schmutzwasser einer Mehrzahl von Grundstücken durch von Pumpen erzeugten Druck erfolgt; die Pumpen und Pumpenschächte sind regelmäßig technisch notwendige Bestandteile des jeweiligen Gesamtnetzes.
- (9) Fehlanschluss im Sinne dieser Satzung ist der satzungswidrige Anschluss eines Schmutzwasseranschlusskanals an den öffentlichen Regenwasserkanal, der Anschluss eines Regenwasseranschlusskanals an den öffentlichen Schmutzwasserkanal sowie der Anschluss von Dränagewasser oder Fremdwasser an die öffentliche Abwasseranlage.
- (10) Fremdwässer im Sinne dieser Satzung sind sämtliche bestimmungswidrig in die Entwässerungsanlage gelangenden Wässer, unabhängig davon, ob es sich dabei um über defekte Abwasseranlagen in die öffentliche Abwasseranlage gelangendes Grund- oder Quellwasser handelt, um Dränagewasser oder um Fehlanschlüsse im Trennsystem.

- (11) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbstständige, wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, so können für jede dieser Anlagen die für die Grundstücke maßgeblichen Bestimmungen dieser Satzung angewandt werden; die Entscheidung hierüber trifft der EUV.
- (12) Grundstücksentwässerungsanlagen im Sinne dieser Satzung sind die von den Anschlussberechtigten auf deren Grundstück betriebenen Einrichtungen und Anlagen, die der Zuführung des Abwassers zur öffentlichen Abwasseranlage und der Einhaltung der von dieser Satzung aufgestellten Forderungen dienen, sowie die ggf. im öffentlichen Straßen- und Wegebereich verlaufenden Anschlüsse an die öffentliche Abwasseranlage. Dazu gehören insbesondere Abwasserleitungen und -kanäle einschließlich deren Reinigungsschächte und -öffnungen, Abwasserhebeanlagen, Sperranlagen und Rückstausicherungseinrichtungen, Messschächte und Kontrollvorrichtungen, Abscheide- und sonstige Rückhalteanlagen, Kontroll- und Pumpenschächte.
- (13) Hausanschlussleitungen sind die Leitungen von der öffentlichen Abwasseranlage bis zu und einschließlich des ersten Kontrollschachtes auf dem jeweils anzuschließenden Grundstück mit Ausnahme der erforderlichen Anschlussstutzen.
In Druckentwässerungsnetzen tritt an die Stelle des Kontrollschachtes die Druckstation.
- (14) Im Mischsystem im Sinne dieser Satzung werden Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam gesammelt und fortgeleitet.
- (15) Im Trennsystem im Sinne dieser Satzung werden Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.

§ 3

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Castrop-Rauxel liegenden Grundstückes ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, vom EUV zu verlangen, dass sein Grundstück an die bestehende öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird (Anschlussrecht).
- (2) Nach der betriebsfertigen Herstellung der Hausanschlussleitung hat der Anschlussberechtigte vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).
- (3) Die von Dritten hergestellten und betriebenen Abwasseranlagen, welche dem EUV ausdrücklich oder konkludent zur Abwasserbeseitigung zur Verfügung gestellt werden, gelten hinsichtlich des Anschluss- und Benutzungsrechtes sowie deren Begrenzungen der öffentlichen Abwasseranlage als gleichgestellt. Ein Wechsel in der Bau- und Unterhaltungslast an solchen Anlagen tritt jedoch nur bei ausdrücklicher dahingehender Vereinbarung zwischen dem Eigentümer der Anlage und dem EUV ein.

§ 4

Begrenzung des Anschlussrechtes

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die unmittelbar an eine Straße grenzen, in der eine betriebsfertige und aufnahmefähige öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist; ansonsten muss der Antragsteller einen eigenen dinglich oder durch Baulast gesicherten Zugang zu dem Grundstück, in dem sich die öffentliche Abwasseranlage befindet, nachweisen. Die Mitableitung der anzuschließenden Abwässer über die von einem Dritten erstellte Abwasseranlage ist nur in Ausnahmefällen möglich und bedarf dessen ausdrücklicher Zustimmung, einer dinglichen oder durch Baulast getroffenen Sicherung sowie der Zustimmung des EUV. Die Herstellung neuer oder die Änderung bestehender öffentlicher Abwasseranlagen kann nicht verlangt werden.

- (2) Wenn der Anschluss eines an eine bestehende öffentliche Abwasseranlage unmittelbar angrenzenden Grundstückes wegen der besonderen Lage oder sonstiger technischer oder betrieblicher Gründe erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen und Aufwendungen erfordert, kann der EUV den Anschluss versagen. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Antragsteller sich bereit erklärt, die zusätzlich entstehenden Mehrkosten für den Bau und den Betrieb zu tragen, und wenn er auf Verlangen hierfür eine ausreichende Sicherheit leistet.
- (3) In Gebieten mit Trennkanalisation darf der Anschluss für das Schmutzwasser nur an den Schmutzwasserkanal und der Anschluss für das Niederschlagswasser nur an den Regenwasserkanal hergestellt werden.
- (4) Dränagen dürfen grundsätzlich nicht angeschlossen werden; Ausnahmeregelungen hiervon bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des EUV sowie der zuständigen Wasserbehörde und lassen im Übrigen gebührenrechtliche Folgerungen unberührt.
- (5) Das Anschlussrecht erstreckt sich grundsätzlich auch auf das Niederschlagswasser. Dies gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 53 Abs. 3a Satz 1 LWG dem Eigentümer des Grundstückes obliegt.
Darüber hinaus ist der Anschluss des Niederschlagswassers ausgeschlossen, wenn der EUV von der Möglichkeit des § 53 Abs. 3a Satz 2 LWG Gebrauch macht.
Für die Niederschlagswasserbeseitigung gelten im Übrigen die Bestimmungen des § 8.
- (6) Das Anschlussrecht ist ausgeschlossen, soweit der EUV durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.
- (7) Dampfleitungen sowie Abfallzerkleinerungsanlagen für Haushalte und Gewerbebetriebe dürfen nicht an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden.
- (8) Der EUV kann den Anschluss versagen, wenn die Voraussetzungen des § 53 Abs. 4 Satz 1 LWG zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf Antrag des EUV auf den privaten Grundstückseigentümer durch die Untere Wasserbehörde (Kreis Recklinghausen) erfüllt sind. Dieses gilt nicht, wenn sich der Grundstückseigentümer bereit erklärt, die mit dem Anschluss verbundenen Mehraufwendungen zu tragen.
- (9) Für den Bau, die Benutzung, den Betrieb und die Unterhaltung aller Grundstücksentwässerungsanlagen gelten die Bestimmungen des Landeswassergesetzes NRW (LWG NW) in der jeweils gültigen Fassung sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik.

§ 5

Begrenzung des Benutzungsrechtes

- (1) In die öffentliche Abwasseranlage darf nur Abwasser eingeleitet werden, das in Menge oder Zusammensetzung so beschaffen ist, dass dadurch
 - die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet wird und keine Gefahren für gesetzlich geschützte Rechtsgüter, insbesondere gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Gerüche oder andere Emissionen, aufgrund der Zusammensetzung des eingeleiteten Abwassers zu besorgen sind.
 - die in der öffentlichen Abwasseranlage Beschäftigten nicht gefährdet oder gesundheitlich beeinträchtigt werden,
 - die Abwasseranlage in ihrem Bestand nicht angegriffen oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung nicht gefährdet, erschwert oder behindert wird,
 - der Betrieb der Abwasserbehandlung nicht erheblich erschwert oder verteuert wird,
 - die Möglichkeit einer Verwertung des Klärschlammes nicht beeinträchtigt wird oder
 - die Funktion der Abwasseranlage nicht so erheblich gestört wird, dass dadurch die Anforderungen an die Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.

Wenn die Beschaffenheit oder Menge der Abwässer dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der Abwasseranlage erfordert, kann der EUV eine Behandlung, Rückhaltung und Einleitung durch langsamen und zeitlich verteilten Abfluss verlangen oder die Einleitung der Abwässer ablehnen.

- (2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen grundsätzlich nicht eingeleitet werden:
- a) Abwässer mit Inhaltstoffen, die die Abwasseranlagen verstopfen, verkleben oder durch Ablagerungen bzw. Aufquellungen in ihrem Abfluss behindern können (z.B. Schutt, Gartenabfälle, Asche, Glas, Schlacke, Müll, Sand, Kies, Textilien, grobes Papier oder Pappe, Kunststoff, Kunstharze, Kieselgur, Kalkhydrat, Zement, Mörtel, Abfälle aus Tierhaltungen, Abfälle aus der Nahrungsmittelverarbeitung, Stärke, Abfälle aus obst- und gemüseverarbeitenden Betrieben, auch wenn diese Stoffe zerkleinert worden sind, Treber, Hefe und Schlämme aus Vorbehandlungsanlagen, flüssige Konzentrate),
 - b) flüssige Stoffe, die in der öffentlichen Abwasseranlage erhärten können, sowie Stoffe, die nach Übersättigung im Abwasser in der öffentlichen Abwasseranlage ausgeschieden werden und zu Abflussbehinderungen führen können.
 - c) feuergefährliche, explosive, radioaktive u. a. Stoffe, die die Abwasseranlagen sowie das Personal der Abwasserbeseitigung gefährden, wie z. B. Benzin, Benzol, Fette, Öle, Karbid,
 - d) schädliche oder giftige Abwässer, insbesondere solche, die Quecksilber, Cadmium und sonstige Schwermetalle wie Cyanid u. a. Giftstoffe in vermeidbarer Konzentration enthalten und solche, die
 - schädliche Ausdünstungen oder üble Gerüche verbreiten,
 - die Baustoffe der Abwasseranlagen angreifen,
 - den Betrieb der Entwässerungs- oder Abwasserbeseitigungsanlagen, insbesondere den biologischen Teil und die Schlammbehandlung, stören oder erschweren können,
 - wärmer als 35 ° C sind,
 - einen pH-Wert unter 6,5 oder über 10,0 aufweisen,
 - mehr als 20 mg/l unverseifbare Kohlenwasserstoffe enthalten,
 - ungelöste organische Lösungsmittel enthalten,
 - Kohlensäure, Schwefelwasserstoff, Schwefeldioxid u. ä. in schädlicher Konzentration enthalten; entsprechendes gilt für Reaktionen von Säuren mit Sulfiden und Hypochloriten.
 - e) Ferner dürfen in die öffentliche Abwasseranlage grundsätzlich nicht eingeleitet werden:
 - Schlämme aus der Neutralisation, Entgiftung, Abwasser- und Wasserbehandlung,
 - nicht neutralisierte oder sonst unschädlich gemachte Kondensate aus Brennwertanlagen,
 - Emulsion von Mineralölprodukten (z.B. Kühlschmierstoff, Bohr- und Schneideöle etc.),
 - Abwässer, die Stoffe oder Stoffgemische aus der Liste der verbotenen Stoffe der EG-Gewässerschutzrichtlinie gemäß Anhang 1, welcher Bestandteil dieser Satzung, ist enthalten,
 - Abwässer, die Kaltreiniger mit chlorierten Kohlenwasserstoffen enthalten oder die Ölabscheidung behindern können,
 - photochemische Abwässer (z.B. Fixierbäder, ferrocyanhaltige Bleichbäder, Entwicklungsbäder, Ammoniaklösungen),
 - Abwässer mit Karbiden, die Azetylen bilden sowie Abwässer mit sauerstoffverbrauchenden Stoffen (z.B. Natriumsulfid oder Eisen-II-Sulfat) in Konzentrationen, die anaerobe Verhältnisse in der Kanalisation eintreten lassen können,
 - Sickerwässer und sonstige Abwässer aus Deponien, Abfallzwischenlagern und Abfallbehandlungsanlagen, soweit sie unbehandelt sind und gemäß dieser Satzung oder wasserrechtlicher Vorgaben einer Vorbehandlung bedürfen,
 - Abwässer, die Stoffe bzw. Stoffgruppen enthalten, die in der Grenzwerttabelle in Anhang 2, welcher Bestandteil dieser Satzung ist, aufgeführt sind, soweit die dort festgelegten Grenzwerte für diese Stoffe oder Stoffgruppen nicht eingehalten werden,
 - gasförmige Stoffe und Abwässer, die alleine oder nach Vermischung im Kanal Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen oder üble Gerüche hervorrufen (z.B. aus Tierkörperbeseitigungsanlagen oder aus bestimmten Papierproduktionen),
 - Abwässer mit so genannten harten Komplexbildnern (z.B. EDTA),
 - Abwässer, die ein CSB-zu-BSB5-Verhältnis von größer als 2 aufweisen,
 - Abwässer, deren CSB-Abbau in der Kläranlage in 24 Stunden nicht mindestens 90 % erreicht,

- Medikamente und andere pharmazeutische Produkte,
- nicht desinfizierte Abwässer aus Infektionsabteilungen (z.B. Krankenhäusern),
- Abwässer aus Laboratorien, Instituten und Betrieben, in denen neue Kombinationen von Nucleinsäuren geschaffen oder mit gentechnologisch manipulierten Organismen gearbeitet wird, soweit das Abwasser unbehandelt ist und einer Vorbehandlung bedarf,
- flüssige Stoffe aus landwirtschaftlichen Tierhaltungen (Gülle, Jauche, Blut) oder aus Schlachtereien,
- flüssige Rückstände aus Ställen und Dunggruben, Silage- und Silosickersäfte, Milch und Molke,
- radioaktive Abwässer,
- Inhalte von Chemietoiletten,
- Lebensmittel,
- pflanzen- und bodenschädliche Abwässer,
- Abwässer und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern.

- (3) Die Einleitung von Abwasser aus gewerblichen und industriellen Betrieben ist nur erlaubt,
- a) wenn nicht in einer Rechtsverordnung nach § 2a des Wasserhaushaltsgesetzes für den jeweiligen Herkunftsbereich des Abwassers allgemeine Anforderungen, Anforderungen vor seiner Vermischung oder für den Ort des Anfalls festgelegt sind oder der Einleiter über eine wirksame und bestandskräftige wasserbehördliche Indirekteinleitungsgenehmigung gemäß § 58 Abs. 1 WHG verfügt, bei deren Erteilung der EUV beteiligt wurde und seine ortsentwässerungsrechtlichen Belange einbringen konnte,
 - b) wenn die in der Grenzwerttabelle in Anhang 2 zu dieser Satzung aufgeführten Inhaltsstoffe und Stoffgruppen sowie physikalischen und chemischen Parameter die festgelegten Konzentrationswerte einhalten, ohne dass eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel stattgefunden hat, diese Grenzwerte einzuhalten,
 - c) wenn bei Einleitung von täglich mehr als 100 kg chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) im so genannten Zahn-Wellens-Test ein Mindesteliminationsgrad von 90 % nachgewiesen wird,
 - d) wenn bei Einleitung von mehr als 100 cbm am Tag durch einen Nitrifikationstest nach ISO 9509 nachgewiesen wird, dass das Abwasser keine Hemmwirkung auf die Nitrifikationsstufe der Kläranlage hat.

Andere als die in Anhang 2 zu dieser Satzung angegebenen Grenzwerte können auf Antrag vom EUV zugelassen werden, wenn die Gesamtschadstoffkonzentration in der öffentlichen Abwasseranlage und den Anlagen der Abwasserverbände keine Veranlassung zu Störungen gibt.

Andere als die in Anhang 2 zu dieser Satzung angegebenen Grenzwerte können vom EUV auch verlangt werden, wenn dies mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der in der öffentlichen Abwasseranlage vorhandenen Abwässer oder die Fortleitung des Abwassers in die Anlagen der Abwasserverbände oder im Hinblick auf sonstige einzuhaltende behördliche Auflagen und Bedingungen erforderlich ist.

Über die zulässige Konzentration von in Anhang 2 zu dieser Satzung nicht aufgeführten Stoffen ist im Einzelfall zu entscheiden.

Die in Anhang 2 zu dieser Satzung aufgeführten Werte gelten für Abwässer an deren Einleitungsstelle in die öffentliche Abwasseranlage.

- (4) Zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage, zur Gewährleistung der Einhaltung wasserrechtlicher Vorgaben und einer störungsfreien Schlammbehandlung und Klärschlammverwertung kann der EUV für die einzuleitenden Abwasserinhaltsstoffe neben den Konzentrationsvorgaben ("Grenzwerte") für die in der Grenzwerttabelle in Anhang 2 zu dieser Satzung aufgeführten Stoffe Frachtbegrenzungen festlegen und den Nachweis verlangen, dass die Konzentrationswerte nicht lediglich durch Vermischen und Verdünnen eingeleitet werden. Der Abwassereinleiter hat ohne weitere Aufforderung von sich aus und unverzüglich dem EUV zu melden, wenn die Tagesfrachten der in Anhang 2 zu dieser Satzung
- aufgeführten Metalle Blei, Kadmium, Chrom VI, Nickel, Kupfer und Quecksilber 0,1 kg,
 - unter dem Summenparameter AOX zusammengefassten halogenierten Kohlenwasserstoffe 0,1 kg überschreiten können.

- (5) Wenn Industrie- und Gewerbebetriebe Abwasser, das in seiner Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht, in Mengen über 10 cbm am Tag der öffentlichen Abwasseranlage zuführen wollen, haben sie dem EUV zuvor Angaben zu machen über
- Menge und Beschaffenheit des Verarbeitungsmaterials,
 - die abwassererzeugenden Vorgänge,
 - die Abwasseranfallstellen,
 - den Höchstzufluss und die Beschaffenheit des einzuleitenden Abwassers,
 - die Zeiten, in denen eingeleitet werden soll,
 - eine beabsichtigte Vorbehandlung des Abwassers mit darauf ausgerichteten Bemessungsnachweisen,
 - vorhandene Rückhalteeinrichtungen und Abwasserspeichermöglichkeiten.
- (6) Änderungen der Zusammensetzung oder Menge industriellen oder gewerblichen Abwassers sind dem EUV unter Angabe der erforderlichen Angaben unaufgefordert mitzuteilen; auf Verlangen des EUV hat der Anschlussnehmer die Einhaltung der Absätze 1 - 5 nachzuweisen. Reichen die vorhandenen öffentlichen Abwasseranlagen zur Aufnahme oder Behandlung des veränderten Abwassers oder der erhöhten Abwassermenge nicht aus, behält sich der EUV vor, die Aufnahme des Abwassers zu versagen oder eine entsprechende Vorbehandlung oder Verringerung zu verlangen.
- (7) Ist im Hinblick auf mögliche Störfälle der Anfall von solchen Abwässern nicht auszuschließen, die sich auf die Substanz und auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlage nachteilig auswirken können (z.B. kontaminiertes Löschwasser), so kann der EUV vorsorglich verlangen, dass solche Abwässer gespeichert, oder/und Absperrvorrichtungen eingebaut oder/und Absperrgeräte bereitgehalten werden (z.B. Ballonverschluss). Vor Einleitung derartiger potentiell kontaminierter Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage ist dem EUV gegenüber unter Beteiligung der zuständigen Behörden der Nachweis zu erbringen, dass diese Abwässer unbedenklich eingeleitet werden können oder auf welche Weise sie ordnungsgemäß vom Anschlussberechtigten entsorgt werden können. Die daraufhin gegebenenfalls vom EUV zu erteilende Ausnahmegenehmigung kann eine Vergleichmäßigung der Einleitung oder/und die Einleitung zu bestimmten Zeiten verlangen; gebührenrechtliche Folgerungen bleiben davon unberührt.
- (8) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit kein Abwasser vorliegt, der EUV von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist oder andere von Gesetzes wegen zur Abwasserbeseitigung verpflichtet sind.
- (9) Der EUV kann auf Antrag befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 - 8 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen, insbesondere die technischen und wasserrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind. Insbesondere kann der EUV auf Antrag zulassen, dass Grund-, Drainage- und Kühlwasser der Abwasseranlage zugeführt werden; beitrags- und gebührenrechtliche Folgerungen bleiben davon unberührt.
- (10) Besteht der Verdacht, dass Abwasser entgegen den Bestimmungen dieser Satzung eingeleitet wurde oder wird, so ist der EUV berechtigt, dem Anschlussberechtigten die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage vorübergehend, bei gravierenden oder wiederholten Verstößen auch auf Dauer zu untersagen. Gleiches gilt, wenn ein Anschlussberechtigter wiederholt gegen Bestimmungen dieser Satzung verstößt oder Pflichten aus dieser Satzung nicht nachkommt. Diese Untersagung kann neben einer schriftlichen Aufforderung, die weitere Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage zu unterlassen, auch durch tatsächliche Maßnahmen (z.B. Ballonverschluss, Aufforderung an die zuständigen Behörden, die Abwasserentstehung - und damit letztlich die Produktion - wegen mangelnder gesicherter entwässerungstechnischer Erschließung stillzulegen) durchgesetzt werden; hierüber ist der Anschlussnehmer unverzüglich, bei Verlangen auch schriftlich zu informieren.
- (11) Der EUV kann die Einleitung von Abwässern außergewöhnlicher Art und Menge versagen, von einer Vorbehandlung (z. B. von industriellen Werken) abhängig machen oder an besondere Bedingungen knüpfen. § 53 LWG bleibt unberührt.

- (12) Wer wegen Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Vorschrift den Verlust der Ermäßigung der Abwasserabgabe gem. § 9 Abs. 5 AbwAG verursacht, hat dem EUV den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten. Haben mehrere Einleiter nachweislich zusammenwirkend den Wegfall der Abgabenermäßigung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.
- (13) Wer wegen Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Vorschrift Kosten beim EUV oder der Emschergenossenschaft verursacht, hat dem EUV diese Kosten bzw. die dem EUV von der Emschergenossenschaft in Rechnung gestellten Kosten zu erstatten. Haben mehrere Einleiter nachweislich zusammenwirkend den Wegfall der Abgabenermäßigung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.
- (14) Der EUV kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Einleiten oder Einbringen von Abwasser oder Stoffen, die unter Verletzung der Absätze 1 bis 12 erfolgen, zu verhindern.
- (15) Eine Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes darf nur mit Einwilligung des EUV erfolgen.

§ 6

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 53 Abs. 1c LWG an die bestehende öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt (Anschlusszwang).
Der EUV kann auch den Anschluss von unbebauten Grundstücken verlangen, wenn dieses aus Gründen der Straßenwiederherstellung, Wirtschaftlichkeit oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist.
Der EUV zeigt durch öffentliche Bekanntmachung an, welche Straßen und Ortsteile mit einer betriebsfertigen öffentlichen Abwasseranlage versehen sind, so dass damit der Anschlusszwang wirksam geworden ist. Alle für den Anschlusszwang in Frage kommenden Anschlussberechtigten haben ihre Grundstücke mit der zur ordnungsgemäßen Entwässerung erforderlichen Einrichtung zu versehen.
- (2) Der Anschluss- und Benutzungszwang gilt auch für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende häusliche Abwasser. Der EUV kann jedoch den Grundstückseigentümer bzw. Grundstücksnutzungsberechtigten für die dem Betrieb und dem Haushalt zugehörigen Personen auf Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang befreien.
Hierzu muss dieser nachweisen, dass das Abwasser im Sinne des § 51 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LWG im Rahmen der pflanzenbedarfsgerechten Bestimmungen auf landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerisch genutzten Böden ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit im Einklang mit den wasserrechtlichen, abfallrechtlichen, bodenschutzrechtlichen, naturschutzrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen aufgebracht wird. Der Nachweis ist erbracht, wenn der Landwirt eine diesbezügliche Bescheinigung der zuständigen Behörde vorlegt; etwaige dafür anfallenden Kosten gehen zu Lasten des die Ausnahme vom Anschlusszwang Beantragenden.
- (3) Jeder Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen dieser Satzung verpflichtet, in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 53 Abs. 1c LWG, das gesamte auf dem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang).
Besteht wegen der Beschaffenheit oder der Menge des Abwassers kein Benutzungsrecht, so ist das Abwasser nach Maßgabe wasserbehördlicher bzw. wasserrechtlicher Bestimmungen durch den Anschlussberechtigten auf dessen Kosten entweder soweit vorzubehandeln, dass die Voraussetzungen des Benutzungsrechts gegeben sind oder nach Maßgabe abfallrechtlicher Bestimmungen zu entsorgen.
- (4) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser, außer in den Fällen des § 4 Abs. 5 Sätze 2 und 3.

- (5) In Gebieten mit Trennkanalisation sind das Schmutzwasser und das Niederschlagswasser getrennt zu halten und den jeweils dafür bestimmten öffentlichen Abwasseranlagen zuzuführen.
- (6) Bei Neu- und Umbauten muss das Grundstück vor der Benutzung der baulichen Anlage an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sein. Ein Zustimmungsverfahren nach § 10 Abs. 1 dieser Satzung ist durchzuführen.
- (7) Werden an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, die noch nicht mit einer öffentlichen Abwasseranlage ausgestattet sind, aber später damit versehen werden sollen, Neubauten errichtet, so sind, wenn der EUV es verlangt, alle Einrichtungen für den späteren Anschluss vorzubereiten; das gleiche gilt, wenn in bereits bestehenden Bauten vorhandene Abwassereinrichtungen wesentlich geändert oder neu angelegt werden sollen.
- (8) Wird die öffentliche Abwasseranlage erst nach Errichtung einer baulichen Anlage hergestellt, so ist das Grundstück binnen 3 Monaten anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung angezeigt wurde, dass die Straße oder der Ortsteil mit einer betriebsfertigen öffentlichen Abwasseranlage ausgestattet ist.
- (9) Sollte sich während des Betriebes der Grundstücksentwässerungsanlage herausstellen, dass ein Fehlschluss im Sinne des § 2 Abs. 9 vorliegt, so ist dieser Fehlschluss innerhalb von 3 Monaten nach Feststellung zu beseitigen. Bei Gefährdung des Wohls der Allgemeinheit kann der EUV die sofortige Außerbetriebnahme des Fehlschlusses verlangen. Die Kosten der Beseitigung des Fehlschlusses gehen zu Lasten des Anschlussberechtigten.
- (10) Ändert der EUV sein öffentliches Entwässerungssystem, so ist der Anschlussnehmer verpflichtet, die damit verbundene Änderung an seinen Grundstücksentwässerungsanlagen auf seine Kosten vorzunehmen.
- (11) Die zur Entwässerung dienenden Einrichtungen dürfen für andere Zwecke nicht benutzt werden.
- (12) Auf Grundstücken, die dem Anschlusszwang unterliegen, dürfen behelfsmäßige Abwasseranlagen, Abortgruben usw. nicht mehr angelegt oder benutzt werden, es sei denn, dass Befreiung gem. § 7 erteilt wurde.

§ 7

Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser

- (1) Der Anschlussberechtigte kann auf Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser ganz oder teilweise befreit werden, wenn ein besonders begründetes Interesse an einer anderweitigen Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers besteht und - insbesondere durch Vorlage einer wasserrechtlichen Erlaubnis - nachgewiesen werden kann, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu besorgen ist.
- (2) Ein besonders begründetes Interesse im Sinne des Absatz 1 liegt insbesondere nicht vor, wenn die anderweitige Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers lediglich dazu dienen soll, Gebühren zu sparen.

§ 8

Niederschlagswasserbeseitigung

- (1) Der EUV betreibt im Gebiet der Stadt Castrop-Rauxel und für die von ihm selbst zu entwässernden Flächen (Straßen, Wege, Plätze, öffentlichen Gebäude usw.) die Niederschlagswasserbeseitigung nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung.
- (2) Sofern gegenüber dem EUV nachgewiesen ist, dass das Niederschlagswasser gemeinwohlverträglich auf dem Grundstück versickert oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet werden kann und der EUV den Anschlussberechtigten des Grundstücks von der Überlassungspflicht nach § 53 Abs. 1 c LWG freigestellt hat, ist der Anschlussberechtigte zur

Beseitigung von Niederschlagswasser verpflichtet. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit des EUV, auf die Überlassung des Niederschlagswassers zu verzichten, wenn die Übernahme bereits erfolgt ist und eine ordnungsgemäße Beseitigung oder Verwendung des Niederschlagswassers durch den Anschlussberechtigten sichergestellt ist. Der Nachweis der Gemeinwohlverträglichkeit ist von der zuständigen Behörde unter Berücksichtigung der Entwicklung der Grundwasserstände zu führen, wenn die Bebaubarkeit des Grundstückes nach dem 1. Januar 1996 durch einen Bebauungsplan, einen Vorhaben- und Erschließungsplan oder eine baurechtliche Satzung begründet worden ist. Im Übrigen ist der Nachweis durch den Anschlussberechtigten des Grundstückes zu führen.

Weitergehende wasserrechtliche Regelungen bleiben unberührt.

- (3) Nicht belastetes Niederschlagswasser kann grundsätzlich ohne Vorbehandlung in oberirdische Gewässer eingeleitet werden. Dies gilt auch dann, wenn die Einleitungsstelle in das Fließgewässer im Wasserschutzgebiet (bzw. Wassergewinnungsgebiet) liegt oder das Fließgewässer in seinem weiteren Fließweg Wasserschutzzonen durchfließt.
Schwach belastetes Niederschlagswasser bedarf grundsätzlich der Behandlung. Es gelten die Anforderungen an die Niederschlagsentwässerung im Trennverfahren (s. RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 26.05.2004 - IV - 9 031 001 2104 - / MBl. NW. Nr. 23 vom 17.06.2004, S. 583).
Stark belastetes Niederschlagswasser muss grundsätzlich der öffentlichen Abwasseranlage zugeführt werden.
- (4) Für die Beseitigung von Niederschlagswasser durch Versickern gelten die Bestimmungen des Runderlasses des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft „Niederschlagswasserbeseitigung gemäß § 51a des Landeswassergesetzes“ vom 18. Mai 1998 (MBl.NW. Nr. 39 vom 23.06.1998, S. 654) zuletzt geändert am 7. August 1998 durch Berichtigung zum RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18.05.1998 (MBl.NW. Nr. 51 vom 07.08.1998, S. 918).
- (5) Die Herkunftsbereiche für nicht belastetes, schwach belastetes und stark belastetes Niederschlagswasser sind in § 2 Abs. 3 nicht abschließend aufgeführt.
Außerdem kann im Einzelfall eine von dem jeweiligen Herkunftsbereich abweichende Einstufung des Belastungsgrades des Niederschlagswassers erfolgen, wenn dies nach den konkreten Verhältnissen gerechtfertigt ist.
Diese Einstufung kann vorbehaltlich der einzelfallbezogenen Zustimmung durch die Untere Wasserbehörde durch Beibringung von vierteljährlich vorzulegenden chemisch-physikalischen Analysen dieser Wässer widerlegt werden.

§ 9

Nutzung des Niederschlagswassers

- (1) Beabsichtigt der Anschlussberechtigte die Nutzung des auf seinem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers als Brauchwasser, so hat er dies dem EUV anzuzeigen. Der EUV verzichtet in diesem Falle auf die Überlassung des verwendeten Niederschlagswassers gemäß § 53 Abs. 3a Satz 2 LWG, wenn die ordnungsgemäße Verwendung des Niederschlagswassers als Brauchwasser auf dem Grundstück sichergestellt ist und ein Überlauf an den öffentlichen Kanal besteht, so dass eine Überschwemmung von Nachbar-Grundstücken durch Niederschlagswasser ausgeschlossen werden kann. Ein Verzicht auf die Abwasserüberlassung kommt nach § 53 Abs. 3a Satz 2 LWG NRW nur bei solchen Grundstücken in Betracht, die bereits an die öffentliche Abwasserkanalisation angeschlossen sind. § 8 Abs. 2 bleibt unberührt.
- (2) Der Anschlussberechtigte hat dem EUV nachzuweisen, dass es keine Verbindung zwischen dem Rohrleitungssystem für die Trinkwasserversorgung und den Rohrleitungen für die Brauchwassernutzung gibt. Die Verantwortlichkeit für die ordnungsgemäße Einrichtung und den ordnungsgemäßen Betrieb derartiger Brauchwasseranlagen trägt der jeweilige Grundstücksnutzungsberechtigte.

§ 10 Hausanschlüsse

- (1) Die Herstellung oder Änderung von Hausanschlussleitungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des EUV. Diese ist rechtzeitig, spätestens jedoch vier Wochen vor der Durchführung der Anschlussarbeiten gemäß Anlage 1 (Formular: Entwässerungsantrag) zu beantragen.
Der Anschlussberechtigte oder der ausführende Unternehmer hat Baubeginn und Fertigstellung der Hausanschlussleitungen schriftlich dem EUV mitzuteilen sowie eine Abnahme durch den EUV zu beantragen.
Bei Abnahme müssen die abzunehmenden Leitungen sichtbar und gut zugänglich sein.
Die Prüfung und Abnahme der Hausanschlussleitungen durch den EUV befreit den auszuführenden Unternehmer nicht von seiner zivilrechtlichen Verpflichtung zur fehlerfreien und vorschriftsmäßigen Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten.
Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage darf erst erfolgen, nachdem der EUV die Hausanschlussleitungen abgenommen oder eine sonstige schriftliche Zustimmung erteilt hat.
- (2) Jedes Grundstück soll einen eigenen, nicht im Zusammenhang mit den Abwasserableitungen von Nachbargrundstücken stehenden unterirdischen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage haben, im Gebiet mit Trennkanalisation je einen Anschluss an die Schmutz- und an die Niederschlagswasseranlage. Die Anschlussleitungen müssen die für eine betriebssichere Ableitung des Abwassers erforderliche Größe, mindestens jedoch 100 mm lichte Weite haben. Geeignete Kontrollschächte sind einzubauen und zu betreiben. Die Grundstücksentwässerungsanlagen müssen technisch so beschaffen sein, dass das Eindringen von Baumwurzeln ausgeschlossen ist. Auf Antrag kann ein Grundstück zwei oder mehrere Anschlüsse erhalten, wenn dies aus entwässerungstechnischen oder wirtschaftlichen Gründen geboten ist und das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.
- (3) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gilt Absatz 2 für jedes der neu entstehenden Grundstücke.
- (4) Der EUV kann gestatten, dass unter besonderen Verhältnissen - z. B. bei Kleinsiedlungs- und ähnlichen Anlagen - zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Bei Zulassung eines gemeinsamen Anschlusses für mehrere Grundstücke müssen die Unterhaltungs- und Benutzungsrechte und -pflichten schriftlich festgelegt und grundbuchlich bzw. baulastgesichert werden.
- (5) Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer eine geeignete Inspektionsöffnung auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes einzubauen. Wird die Anschlussleitung erneuert oder verändert, so hat der Grundstückseigentümer nachträglich eine Inspektionsöffnung auf seinem Grundstück erstmals einzubauen, wenn diese zuvor nicht eingebaut worden war. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des Grundstückseigentümers von der Errichtung einer Inspektionsöffnung außerhalb des Gebäudes abgesehen werden. Die Inspektionsöffnung muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung der Inspektionsöffnung ist unzulässig. Die Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen bis zu den Kontrollschächten sowie die Lage und Ausführung der Kontrollschächte bestimmt der EUV.
- (6) Den Abbruch eines mit einem Hausanschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer rechtzeitig vorher dem EUV mitzuteilen. Nicht mehr in Betrieb befindliche Entwässerungsanlagen sind vom Anschlussberechtigten sach- und fachgerecht zurückzubauen. Über den erfolgten Rückbau ist dem EUV ein Nachweis vorzulegen.
- (7) Die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Unterhaltung der nicht zur öffentlichen Abwasseranlage gehörenden Bestandteile der Hausanschlussleitungen hat der Anschlussberechtigte auf seine Kosten durch einen Fachunternehmer mit entsprechendem RAL-Gütezeichen bzw. vergleichbarer Fremd- und Güteüberwachung ausführen zu lassen.
- (8) Der EUV behält sich vor, die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie Unterhaltung der Hausanschlussleitungen im Sinne des Absatzes 7 selbst durchzuführen oder durch einen von ihm beauftragten Unternehmer durchführen zu lassen.

Macht der EUV von seinem Vorbehalt nach Satz 1 Gebrauch, so hat der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides Anschlussberechtigte dem EUV den Aufwand und die Kosten in der tatsächlich geleisteten Höhe zu ersetzen. Der Ersatzanspruch entsteht mit der Beendigung der Maßnahme.

Der als Aufwands- und Kostenersatz geforderte Betrag wird einen Monat nach Zustellung des Heranziehungsbescheides fällig.

- (9) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann der EUV von dem Anschlussberechtigten den Einbau, den Betrieb und die Wartung einer Hebeanlage zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstückes verlangen. Die dafür anfallenden Kosten trägt der Anschlussberechtigte.
- (10) Die Grundstücksentwässerungsanlagen in den Gebäuden sowie zwischen den Gebäuden und den Hausanschlussleitungen müssen von den Anschlussberechtigten fachgemäß hergestellt und instand gehalten werden.
- (11) Der EUV kann jederzeit fordern, dass vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen in den Zustand gebracht werden, der den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entspricht.

§ 11

Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser – SÜwVO Abw). Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 61 Abs. 1 LWG NRW, § 8 Abs. 1 SÜwVO Abw so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 53 Abs. 1 c LWG NRW gegenüber dem EUV.
- (2) Zustands- und Funktionsprüfungen an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SÜwVO Abw durchgeführt werden.
- (3) Nach § 7 Satz 1 SÜwVO Abw sind im Erdreich oder unzugänglich verlegte private Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischtem Niederschlagswasser einschließlich verzweigter Leitungen unter der Keller-Bodenplatte oder der Bodenplatte des Gebäudes ohne Keller sowie zugehörige Einsteigeschächte oder Inspektionsöffnungen zu prüfen. Ausgenommen von der Prüfpflicht sind nach § 7 Satz 2 SÜwVO Abw Abwasserleitungen, die zur alleinigen Ableitung von Niederschlagswasser dienen und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird.
- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO Abw. Nach § 8 Abs. 2 bzw. Abs. 6 SÜwVO Abw hat der Eigentümer bzw. der Erbbauberechtigte des Grundstücks private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionstüchtigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und Prüffristen für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus § 8 Abs. 3 und 4 SÜwVO Abw.
- (5) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen nach § 9 Abs. 1 SÜwVO Abw nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden. Nach § 8 Abs. 1 Satz 4 SÜwVO Abw gelten die DIN 1986 Teil 30 und die DIN EN 1610 als allgemein anerkannte Regeln der Technik, soweit die SÜwVO Abw keine abweichenden Regelungen trifft.
- (6) Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVO Abw zu dokumentieren. Dabei sind der Bescheinigung die in § 9 Abs. 2 Satz 2 SÜwVO Abw genannten Anlagen beizufügen. Diese Bescheinigung nebst Anlagen ist dem EUV durch den Grundstückseigentümer oder

Erbbauberechtigten unverzüglich nach Erhalt vom Sachkundigen vorzulegen, damit eine zeitnahe Hilfestellung durch den EUV erfolgen kann.

- (7) Private Abwasserleitungen, die nach dem 01.01.1996 auf Zustands- und Funktionstüchtigkeit geprüft worden sind, bedürfen nach § 11 SüwVO Abw keiner erneuten Prüfung, sofern Prüfung und Prüfbescheinigung den zum Zeitpunkt der Prüfung geltenden Anforderungen entsprochen haben.
- (8) Die Sanierungsnotwendigkeit und der Sanierungszeitpunkt ergeben sich grundsätzlich aus § 10 Abs. 1 SüwVO Abw. Über mögliche Abweichungen von den Sanierungsfristen kann der EUV gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 SüwVO Abw nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall entscheiden.

§ 12

Schutz gegen Rückstau

- (1) Räume unterhalb der Rückstaeubene, in denen ein Rückstau von Abwasser aus der öffentlichen Abwasseranlage auftreten kann, müssen vom jeweiligen Anschlussberechtigten nach den technischen Bestimmungen für den Bau und Betrieb von Grundstücksentwässerungsanlagen (DIN 1986) gegen Rückstau gesichert sein. Als Rückstaeubene gilt die Straßenoberkante bzw. Geländehöhe über der Anschlussstelle der Hausanschlussleitung an die öffentliche Abwasseranlage.
- (2) Jeder Anschlussberechtigte ist für den Einbau, die Unterhaltung und die Wartung entsprechender Rückstausicherungen selbst verantwortlich.

§ 13

Abscheider und Ölsperren

- (1) Abwasser, das Leichtflüssigkeiten oder Fette enthält, ist vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage über Abscheider auf Kosten der Einleiter vorzubehandeln. Für die Vorbehandlung von Abwasser aus Waschanlagen, die mit emulsionsbildenden Lösungsmitteln betrieben werden, kann der EUV besondere Verfahren verlangen.
- (2) Abwässer, die Speiseöle oder Speisefette enthalten, sind nach Aufforderung durch die Stadt vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage über Fettabscheider vorzubehandeln.
- (3) Abscheidern ist ein ausreichend dimensionierter Schlammfang vorzuschalten. Für Art, Bemessung, Einbau und Betrieb von Abscheideanlagen sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik und geltenden rechtlichen Bestimmungen maßgeblich.
- (4) Abscheider für Leichtflüssigkeiten müssen mit einem selbsttätigen Abschluss und einem nachgeschalteten Probenahmeschacht ausgestattet sein. Der EUV kann darüber hinaus verlangen, dass vor dem Schlammfang Schmutzvorfangrinnen eingebaut werden. Abweichungen hiervon bedürfen der Zustimmung des EUV.
- (5) In Abscheideanlagen darf nur solches Abwasser eingeleitet werden, aus dem Leichtflüssigkeiten oder Fette abgeschieden werden müssen und das die Funktion der Abscheideanlagen nicht beeinträchtigt. Nicht im Zusammenhang mit Abwasser anfallende Leichtflüssigkeiten dürfen nicht eingeleitet werden. In Abscheider für Leichtflüssigkeiten dürfen insbesondere keine häuslichen Abwässer und keine Niederschlagswasser von Dachflächen eingeleitet werden. In Fettabscheider dürfen keine leichtflüssigkeitshaltigen Abwässer und keine Niederschlagswasser eingeleitet werden.
- (6) Die Entsorgung des Abscheidegutes hat nach Bedarf, jedoch mindestens halbjährlich zu erfolgen. Der EUV behält sich vor, die Führung eines Betriebstagebuches über die Entleerung, Reinigung und Wartung der Abscheider zu fordern und die Reinigungsintervalle individuell festzulegen. Der Nachweis über die vorschriftsmäßige Entsorgung ist dem EUV innerhalb von 30 Tagen nach der Entleerung vorzulegen. Abscheidegut darf nicht eigenmächtig aus der Abscheideanlage entnommen werden.

- (7) Abscheidgut darf an keiner Stelle der öffentlichen Abwasseranlage zugeführt werden.
- (8) Der EUV kann die Entleerung von Abscheideanlagen auf Kosten des Anschlussnehmers veranlassen, wenn die ordnungsgemäße Entleerung unterblieben ist.
- (9) Abscheideanlagen sind nach der Entleerung mit Wasser zu befüllen und vom Anschlussnehmer unverzüglich wieder in Betrieb zu nehmen.
- (10) Ablaufstellen, in die Heizöl oder Dieselöl sowie sonstige Kraftstoffe gelangen können, sind mit entsprechenden Ölsperren zu versehen.
- (11) Weitergehende wasserbehördliche, abfallrechtliche und immissionsschutzrechtliche Regelungen bleiben unberührt.

§ 14

Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze

- (1) Führt der EUV aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen die Entwässerung mittels eines Druckentwässerungsnetzes durch, so kann er bestimmen, dass Teile des Druckentwässerungsnetzes auf dem anzuschließenden Grundstück zu liegen haben. In diesen Fällen ist der Anschlussberechtigte verpflichtet, entschädigungsfrei zu dulden, dass der EUV auf seinem Grundstück eine zur öffentlichen Abwasseranlage gehörende Hausanschlussleitung im Sinne des § 2 Abs. 4 Satz 3 installiert, betreibt, unterhält und gegebenenfalls erneuert. Hinsichtlich des Pumpenschachtes gelten die Vorschriften des § 10 entsprechend.
- (2) Die Entscheidung über Art, Ausführung, Bemessung und Lage der Druckentwässerungsanlage trifft der EUV. Die Druckentwässerungsanlage darf nicht überbaut werden. Der Anschlussberechtigte hat die Druckpumpe an sein häusliches Elektrizitätsnetz anzuschließen und die Energiekosten für deren Betrieb zu tragen.
- (3) Die Druckpumpe sowie die dazugehörige Druckleitung werden nach ihrer Fertigstellung ohne besonderen Widmungsakt Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für private Druckleitungen mit Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage außerhalb von Druckentwässerungsnetzen.
- (5) Bei Druckentwässerungsnetzen können abweichend von den Bestimmungen dieser Satzung die Rechte und Pflichten der Anschlussberechtigten durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung festgelegt werden.

§ 15

Abwasseruntersuchung und Selbstüberwachung

- (1) Der EUV ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder für satzungsgemäße Zwecke auf die Untersuchungen der zuständigen Behörden zurückzugreifen. Kosten für die vom EUV durchgeführten Untersuchungen trägt der Anschlussnehmer, falls sich herausstellt, dass ein Verstoß gegen eine der Bestimmungen des § 5 vorliegt, andernfalls der EUV.
- (2) Bei nachweislichen Verstößen gegen Bestimmungen dieser Satzung kann der EUV weitergehende Abwasseruntersuchungen auf Kosten des Anschlussnehmers vornehmen oder anordnen. Der EUV bestimmt in diesen Fällen, in welchen zeitlichen Abständen die Proben zu entnehmen sind, durch wen die Proben zu entnehmen sind und wer die Proben untersucht. Hierzu besteht ein Zutrittsrecht nach Maßgabe des § 17 Abs. 3.
- (3) Wenn bei einer Untersuchung des Abwassers Mängel festgestellt werden, hat der Anschlussnehmer bzw. der Grundstücksnutzungsberechtigte diese nach Bekanntgabe an ihn unverzüglich zu beseitigen.

- (4) Anschlussnehmer, die gemäß dieser Satzung Grenzwerte (Konzentrationsbegrenzungen oder Frachtbegrenzungen) einzuhalten haben, haben durch regelmäßige, geeignete Selbstüberwachung die Einhaltung der Grenzwerte zu überprüfen. Dabei sind die in Anhang 2 zu dieser Satzung aufgeführten Untersuchungsmethoden anzuwenden. Der EUV kann in begründeten Ausnahmefällen Abweichungen von diesen Untersuchungsmethoden vorschreiben oder zulassen.
Lässt das Ergebnis der Selbstüberwachung eine Grenzüberschreitung erkennen oder erwarten, hat der Anschlussnehmer den EUV unverzüglich zu informieren.
Die Ergebnisse der Selbstüberwachung sind mindestens 3 Jahre aufzubewahren und dem EUV auf Verlangen vorzulegen.
- (5) Der EUV kann verlangen, dass der Anschlussberechtigte auf seine Kosten nach näherer Anweisung durch den EUV automatische Mess- und Registriereinrichtungen zur Kontrolle der Abwasserbeschaffenheit und Mengemesseinrichtungen an der Einleitungsstelle einbaut und jederzeit funktionstüchtig erhält. Die Messergebnisse sind dem EUV jederzeit zugänglich zu machen. Der EUV kann die Einrichtung eines Kontrollschachtes hinter der Abwasserbehandlungsanlage auf dem Grundstück bzw. vor Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage auf Kosten des Anschlussberechtigten fordern.

§ 16

Einleiterkataster, Auskunftspflicht

- (1) Der EUV führt ein Kataster über Einleitungen in die öffentliche Abwasseranlage. Das Kataster enthält abwasserrelevante Daten der Grundstücke im Stadtgebiet.
- (2) Der Anschlussberechtigte ist zur Abgabe der dafür benötigten Angaben und Unterlagen verpflichtet. Die hierfür vom EUV erhobenen Informationen und Daten können auch als Vergleichsdaten zum Nachweis des Verstoßes des Einleiters gegen Bestimmungen dieser Satzung verwendet werden.
- (3) Der Anschlussberechtigte ist verpflichtet, alle für die Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen, Abwasservorbehandlungsanlagen und Abwasserinhaltsstoffe sowie für die Prüfung dieser Satzung erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die für die Errechnung der öffentlichen Abgaben notwendigen Angaben zu machen.
- (4) Auf Anforderung des EUV hat der Einleiter Auskünfte über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und ggf. über die Vorbehandlung von Abwasser zu erteilen.

§ 17

Anzeigepflicht, Betretungsrecht, Überwachung

- (1) Jeder Anschlussberechtigte hat den EUV unverzüglich zu benachrichtigen, wenn
- Veränderungen an Grundstücksentwässerungsanlagen und andere bauliche Maßnahmen oder Nutzungsänderungen vorgenommen werden sollen, die die Entwässerungsverhältnisse beeinflussen können,
 - Grundstücksentwässerungsanlagen beschädigt wurden, nicht mehr funktionsfähig oder undicht sind,
 - sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändern,
 - sich die Daten ändern, die für das Einleiterkataster erhoben oder sonst abgegeben wurden,
 - für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungsrechtes entfallen,
 - Grundstücksentwässerungsanlagen auf Dauer nicht mehr benutzt werden,
 - der Betrieb seiner Grundstücksentwässerungseinrichtung durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückgehen können (z. B. Verstopfung von Abwasserleitungen),
 - Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage geraten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 5 nicht entsprechen,
 - sich die dem Antrag nach § 10 Abs. 1 zugrunde liegenden Daten erheblich ändern.

- (2) Gewerbliche und industrielle Abwassereinleiter sind darüber hinaus verpflichtet, Auskunft zu geben über:
- a) die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge,
 - b) die Art, die Menge und die Beschaffenheit von Einsatzstoffen (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe), von Zwischenprodukten und erzeugten Endprodukten,
 - c) den Höchstabfluss und die qualitative Beschaffenheit des Abwassers,
 - d) die Zeiten, in denen Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird sowie etwaige zeitabhängige Wassermengen,
 - e) eine Vorbehandlung des Abwassers (z.B. Kühlung, Neutralisation, Dekontaminierung, Fällung) mit Bemessungsnachweisen und Benennung der dafür eingesetzten Chemikalien.
- (3) Den Bediensteten oder Beauftragten des EUV ist zur Nachschau der Abwasseranlage und zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, der ungehinderte Zutritt in den Tagesstunden (zwischen 6.00 Uhr und 18.00 Uhr) unangemeldet, ansonsten nach rechtzeitiger vorheriger Anmeldung zum Zwecke der Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen und der Abwasservorbehandlungsanlagen zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren.
Zu diesem Zweck müssen die Reinigungsöffnungen, Prüf- und Kontrollschächte sowie Rückstausicherungen und Druckpumpenanlagen jederzeit zugänglich sein.
Die Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden. Die Grundrechte der Verpflichteten sind zu beachten. Die Bediensteten oder Beauftragten des EUV haben sich auf Verlangen durch einen Dienstaussweis oder Berechtigungsschein auszuweisen.
- (4) Der Anschlussberechtigte hat dem EUV das Vorhandensein von Abscheidern für Leichtflüssigkeiten und Fette sowie deren Art, Typ, Hersteller, Nenngröße bzw. Fassungsvermögen und das Datum der Inbetriebnahme anzuzeigen sowie auf Aufforderung sämtliche sonstige Angaben über den Betrieb der Abscheideanlagen zu machen.
- (5) Jeder Anschlussberechtigte, auf dessen Grundstück sich eine öffentliche Abwasseranlage oder eine dinglich bzw. durch Baulast gesicherte private Abwasseranlage befindet, hat das Betreten oder ggf. Befahren seines Grundstückes durch Bedienstete oder Beauftragte des EUV zum Zwecke des Kanalbetriebes und der Kanalunterhaltung zu dulden. Für die Beschädigung und Nachteile, die dem Grundstückseigentümer und sonstigen Grundstücksnutzungsberechtigten hierdurch entstehen, haftet der EUV gemäß den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 18 Haftung

- (1) Die Anschlussnehmer haben für eine ordnungsgemäße Errichtung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die dem EUV infolge des mangelhaften Zustandes oder der satzungswidrigen Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen unmittelbar oder mittelbar entstehen. Sie haben den EUV von Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen.
- (2) Der EUV haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Er haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass Rückstausicherungen nicht vorhanden sind, normwidrig eingebaut wurden oder nicht ordnungsgemäß funktionieren.

§ 19 Berechtigte und Verpflichtete

- (1) Die Rechte und Pflichten, die sich aus dieser Satzung für Grundstückseigentümer ergeben, gelten entsprechend für Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte sowie für die Träger der Baulast von Straßen, Wegen und Plätzen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile.

- (2) Darüber hinaus gelten die Pflichten, die sich aus dieser Satzung für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ergeben, für jeden, der
- berechtigt oder verpflichtet ist, das auf den angeschlossenen Grundstücken anfallende Abwasser abzuleiten (also insbesondere auch Pächter, Mieter, Untermieter etc.), oder
 - der öffentlichen Abwasseranlage tatsächlich Abwasser zuführt.
- (3) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 20 Kanalanschlussbeitrag, Gebühren

Zum Ersatz des durchschnittlichen Aufwandes für die Herstellung und Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlage werden Kanalanschlussbeiträge und für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage Benutzungsgebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Beitrags- bzw. Gebührensatzung erhoben.

§ 21 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Bestimmungen dieser Satzung verstößt.
- (2) Ordnungswidrig handelt insbesondere derjenige, der
- a) entgegen § 4 Abs. 3 sein Schmutzwasser an den Niederschlagswasserkanal oder sein Niederschlagswasser an den Schmutzwasserkanal anschließt,
 - b) Abwasser einleitet, das nicht den Anforderungen des § 5 entspricht,
 - c) entgegen § 6 Abs. 9 Fehlschlüsse nicht vorschriftsmäßig beseitigt,
 - d) entgegen § 9 Abs. 1 seiner Anzeigepflicht für die Brauchwassernutzung nicht nachkommt,
 - e) entgegen § 10 Abs. 1 die öffentliche Abwasseranlage benutzt, bevor dem EUV die Fertigstellung der Hausanschlussleitung angezeigt wurde und er die Hausanschlussleitung abgenommen hat,
 - f) entgegen § 11 Abs. 6 Satz 3 die Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung dem EUV nicht vorlegt.
 - g) entgegen § 13 keinen Abscheider betreibt oder den Abscheider nicht ordnungsgemäß erstellt und betreibt.
 - h) entgegen § 15 Abs. 4 seiner Selbstüberwachungspflicht nicht, nicht ausreichend oder nicht termingerecht nachkommt,
 - i) entgegen § 16 seine Mitwirkung an der Aufstellung und Fortschreibung des Einleiterkatasters verweigert,
 - j) entgegen § 17 seinen Anzeigepflichten nicht nachkommt oder die Betretung verweigert.
- (3) Ordnungswidrig handelt auch, wer
- a) unbefugte Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet oder entfernt, Schieber bedient oder in einen öffentlichen Kanal oder in ein Sonderbauwerk der öffentlichen Abwasseranlage einsteigt,
 - b) Stoffe aus Kleinkläranlagen oder abflusslosen Gruben in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.
- (4) Die Ordnungswidrigkeiten nach den Absätzen 1 bis 3 können mit einer Geldbuße bis zu 50.000 EUR geahndet werden.

§ 22 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2015 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Stadt Castrop-Rauxel vom 07.12.2012 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel hat in seiner Sitzung am 11.12.2014 der vorstehenden Satzung zugestimmt.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung kann gegen die Satzung und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen nach Ablauf 1 Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung oder die sonstige ortsrechtliche Bestimmung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Verwaltungsratsbeschluss vorher beanstandet oder,
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem „EUV, Stadtbetrieb Castrop-Rauxel“ – Anstalt des öffentlichen Rechts – vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Castrop-Rauxel, den 12.12.2014

B e i s e n h e r z
Bürgermeister

Anhang 1 zur Entwässerungssatzung des EUV Stadtbetriebes Castrop-Rauxel

Liste der verbotenen Stoffe zu § 5 Abs. 2 (entnommen aus dem Anhang der Richtlinie des Rates vom 04.05.1976 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft (76/464/EWG) - sog. Gewässerschutzrichtlinie):

1. Aldrin	46. DDT (einschließlich Abbauprodukte DDD und DDE)	90. MCPA
2. 2-Amino-1-Chlorphenol		91. Mecoprop
3. Anthracen		92. Quecksilber und seine Verbindungen
4. Arsen und seine mineralischen Verbindungen	47. Demethon (einschließlich Demethon-O, Demethon-S, Demethon-S-Methyl und Demethon-S-Methylsulfon)	93. Methademophos
5. Azinphosethyl		94. Mevinphos
6. Azinphosmethyl		95. Monolinuron
7. Benzol	48. 1,2-Dibromethan	96. Naphtalin
8. Benzidin	49. Dibuthylzinndichlorid	97. Omethoate
9. Benzylchlorid	50. Dibutylzinnoxid	98. Oxydemeton-Methyl
10. Benzylidenchlorid	51. Dibuthylzinnosalze (andere als Nr. 49 und 50)	99. PHA (mit besonderer Bezugnahme auf 3,4-Benzpyren und 3,4-Benzfluoranthren)
11. Biphenyl	52. Dichloraniline	100. Parathion (einschließlich Parathionmethyl)
12. Cadmium und seine Verbindungen	53. 1,2-Dichlorbenzol	101. PCB (einschließlich PCT)
13. Tetrachlorkohlenstoff	54. 1,3-Dichlorbenzol	102. Pentachlorphenol
14. Chloralhydrat	55. 1,4-Dichlorbenzol	103. Phoxim
15. Chlordan	56. Dichlorbenzidine	104. Propanil
16. Chloressigsäure	57. Dichlordiisopropylether	105. Pyrazon
17. 2-Chloranilin	58. 1,1-Dichlorethan	106. Simazin
18. 3-Chloranilin	59. 1,2-Dichlorethan	107. 2, 4, 5-T (einschließlich 2, 4, 5-T-Salze und 2, 4, 5-T-Ester)
19. 4-Chloranilin	60. 1,1-Dichlorethylen	108. Tetrabutylzinn
20. Chlorbenzol	61. 1,2-Dichlorethylen	109. 1, 2, 4, 5-Tetrachlorbenzol
21. 1-Chlor-2,4-Dinitrobenzol	62. Dichlormethan	110. Tetrachlorethan
22. 2-Chlorethanol	63. Dichlornitrobenzola	111. Tetrachlorethylan
23. Chloroform	64. 2,2-Dichlorphenol	112. Toluol
24. 4-Chlor-2-Methylphenol	65. Dichlorpropan	113. Triazophos
25. 1-Chlornaphtalin	66. 1,3-Dichlor-2-Propanol	114. Tributylphosphat
26. Chlornaphtaline (technische Mischung)	67. 1,3-Dichlorpropen	115. Trubutylzinnoxid
27. 4-Chlor-2-Nitroanilin	68. 2,3-Dichlorpropen	116. Trichlorfon
28. 1-Chlor-2-Nitrobenzol	69. Dichlorprop	117. Trichlorbenzol (technische Mischung)
29. 1-Chlor-3-Nitrobenzol	70. Dichlorvos	118. 1, 2, 4-Trichlorbenzol
30. 1-Chlor-4-Nitrobenzol	71. Dieldrin	119. Trichlorethan
31. 4-Chlor-2-Nitrotoluol	72. Diethylamin	120. 1, 1,2-Trichlorethan
32. Chlornitrotoluole (andere als Nr. 31)	73. Dimethoat	121. Trichlorethylen
33. 2-Chlorphenol	74. Dimethylamin	122. Trichlorphenole
34. 3-Chlorphenol	75. Disulfoton	123. 1, 1,2-Trichlor-Trifluorethan
35. 4-Chlorphenol	76. Endosulfan	124. Trifluralin
36. Chloropren	77. Endrin	125. Triphenylacetat
37. 3-Chlorpropen	78. Epichlorhydrin	126. Triphenylzinnchlorid
38. 2-Chlortoluol	79. Ethylbenzol	127. Triphenylzinnhydroxid
39. 3-Chlortoluol	80. Fenitrothion	128. Vinylchlorid
40. 4-Chlortoluol	81. Fenthion	129. Xylole (technische Mischung von Isomeren)
41. 2-Chlor-p-toluidin	82. Heptachlor (einschließlich Heptachlorepoxyd)	
42. Chlortoluidine (andere als Nr. 41)	83. Hexachlorbenzol	
43. Coumaphos	84. Hexachlorbutadien	
44. Cyanurchlorid (2, 4, 6-Trichlor-1, 3, 5-Triazin)	85. Hexachlorcyclohexan (einschließlich aller Isomere und Lindan)	
45. 2,4-D (einschließlich 2,4-D-Salze und 2,4-D-Ester)	86. Hexachlorethan	
	87. Isoprophylbenzol	
	88. Linuron	
	89. Malathion	

Anhang 2 zur Entwässerungssatzung des EUV Stadtbetriebes Castrop-Rauxel
Grenzwerttabelle zu § 5 Abs. 2 bis 4 und § 14 Abs. 4

Parameter / Stoff / Stoffgruppe	Grenzwert	Analysevorschrift
1. Temperatur	bis 35° C	DIN 38404-C4-2
2. pH-Wert	6,5 – 10,0	DIN 38404-C5
3. Absetzbare Stoffe (soweit nicht bereits durch § 2 Abs. 1 ausgeschlossen; Absetzzeit: 2 Std. a) biologisch abbaubar b) biologisch nicht abbaubar	8,0 mg/l 0,3 mg/l	DIN 38409-H9-2 DIN 38409-H9-2
4. verseifbare Fette und Öle (schwerflüchtige lipophile Stoffe)	250,0 mg/l	DIN 38409-H17
5. Kohlenwasserstoffe a) direkt abscheidbar b) soweit eine über die Abscheidung gemäß 5. a) hinausgehende Entfernung erforderlich ist: Kohlenwasserstoffe gesamt (KW ges.) c) aliphatische Kohlenwasserstoffe	DIN 1999 beachten 20,0 mg/l 13,0 mg/l	 DIN 38409-H18 DIN EN ISO 9377-2-H53
6. Halogenierte Kohlenwasserstoffe a) Summe leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW), z. B. 1,1,1,-Trichlorethan, Tetrachlorethen, Trichlormethan, Trichlorethen b) Adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX)	0,5 mg/l (berechnet als organisch gebundenes Chlor) 1,0 mg/l (berechnet als organisch gebundenes Chlor)	DIN 38409-H14 DIN 38409-H14
7. Anorganische Stoffe gesamt Aluminium (Al) Arsen (As) Blei (Pb) Cadmium (Cd) Chrom VI (Cr-6) Chrom, gesamt (Cr) Cobalt (Co) Eisen (Fe) Kupfer (Cu) Nickel (Ni) Quecksilber (Hg) Selen (Se) Silber (Ag) Zink (Zn) Zinn (Sn)	10,0 mg/l 0,1 mg/l 0,5 mg/l 0,1 mg/l 0,1 mg/l 0,5 mg/l 2,0 mg/l 10,0 mg/l 0,5 mg/l 0,5 mg/l 0,1 mg/l 1,0 mg/l 0,5 mg/l 2,0 mg/l 2,0 mg/l	DIN 38405-D12 DIN 38406-E6 DIN 38406-E19 gemäß Anlage 26 zur RahmenAbwasserVwV analog DIN 38406-E21 DIN 38406-E21 analog DIN 38406-E21 DIN 38406-E21 DIN 38406-E21 DIN 38406-E21 AAS Hydriersystem DIN 38406-E21 DIN 38406-E21 AAS-Hydriersystem
8. Anorganische Stoffe (gelöst) Stickstoff aus Ammonium und Ammoniak (NH4-N, NH3-N) Cyanid, leicht freisetzbar (CN) Cyanid, gesamt (CN) Fluorid (F) Stickstoff aus Nitrit (NO2-N) Sulfat (SO4) Sulfid (SH) Chlor, frei (Cl2)	100,0 mg/l 0,1 mg/l 5,0 mg/l 20,0 mg/l 10,0 mg/l 400,0 mg/l 1,0 mg/l 0,5 mg/l	DIN 38406-E5 DIN 38405-D13-2 DIN 38405-D13-1 analog 38. AbwasserVwV DIN 38405-D10 DIN 38405-D5 DEV-D7 DIN 38408-G4
9. Organische Stoffe Phenole,	20,0 mg/l	DIN 38409-H16-2

Im Übrigen gelten die Richtwerte des DWA-M 115 Teil 2, Indirekteinleitung nicht häuslichen Abwassers-Anforderungen in der jeweils geltenden Fassung einschließlich eventueller Nachfolgeregelwerke. Eine Verdünnung des Abwassers mit dem Ziel der Einhaltung der Grenzwerte bzw. der Beschaffenheit ist nicht zulässig.